

**Erinnern an Demokratie in Deutschland.
Demokratiegeschichte in Museen und
Erinnerungsstätten der Bundesrepublik**

Veranstalter: Politikergedenkstiftungen des Bundes

Datum, Ort: 23.10.2014–24.10.2014, Leipzig

Bericht von: Ulf Morgenstern, Otto-von-Bismarck-Stiftung / Universität Hamburg

Mit der Tagung „Erinnern an Demokratie in Deutschland“ im Oktober 2014 im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig wurden unterschiedliche Formen, Darstellungsweisen und Narrative diskutiert, in denen die Geschichte der Demokratie in Deutschland in Erinnerungsstätten und Museen öffentlich präsentiert und vermittelt wird.

ULRICH LAPPENKÜPER (Friedrichsruh/Hamburg) führte in die erste Sektion ein und erläuterte als den Ausgangsbefund für die gesamte Konferenz die starke Betonung der negativen Aspekte der deutschen Geschichte in der in der Bundesrepublik institutionalisierten Erinnerungslandschaft. Man meine mitunter, die Demokratieforschung und -vermittlung könnte eine zu starke Erfolgsgeschichte mit sich bringen und einen in dieser Form unbeabsichtigten Gegenpol zur Diktaturgeschichte bilden. Beide seien aber, wie Lappenküper betonte, in der Praxis nur verflochten möglich.

THOMAS HERTFELDER (Stuttgart) umriss die zweite, „Meistererzählungen der Demokratiegeschichte“ überschriebene Sektion. Die Tagung solle sich mit der institutionellen Deutungsmacht beschäftigen, die Museen und Erinnerungsstätten für das kulturelle Gedächtnis zukomme. Dabei solle es nicht um staatliche Geschichtspolitik im umfassenden Sinne gehen, sondern man wolle die geschichtspolitische Praxis der Ausstellungshäuser betrachten. Hertfelder führte aus, dass die Erinnerung an Demokratie stets an das Katastrophengedächtnis stoße. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, wieso in der gegenwärtigen Erinnerungskultur der Hunger nach Authentizität, nach Reliquien, nach wahrer Zeugenschaft so ausgeprägt sei. Tauge der Begriff „Erinnerung“ überhaupt oder sollte man nicht von Lernprozessen sprechen?

JÜRGEN LILLTEICHER (Lübeck) stellte die

dritte Sektion über „Personenzentrierte Zugänge zur Demokratiegeschichte“ vor. Biographien seien unter den historischen Büchern der Verkaufsschlager. In abgeschlossenen Geschichten gäben ihre vorbildlichen Lebensläufe Sicherheit; sie dienten als willkommene Leitfäden. Die Ausstellungen der fünf Politikergedenkstiftungen seien begehbare Biografien und es sei danach zu fragen, ob diese auch als Prismen genutzt würden, an denen sich allgemeine Geschichte auffächere. Alltagsgeschichte und Zeitzeugen vermittelten aber, dessen sei man sich bewusst, nur scheinbare Authentizität. Die Sektion wolle, dessen eingedenk, in den Häusern der Demokratiegeschichte nach der demokratiegeschichtlichen Funktion der biographischen Zugängen spüren.

ANDREA MORK (Brüssel) stellte das in Aufbau befindliche „Haus der europäischen Geschichte“ und damit eine Mammutaufgabe vor, die mit nationalen Befindlichkeiten einerseits und mit (über-)kritisch-objektiver Wissenschaft andererseits zu kämpfen hat, die teleologische Deutungen mit einem Brüsseler Referenzrahmen reflexhaft ablehnt und gegenüber einer europäisch-parlamentarischen Auftragsarbeit die Nase rümpft. Als ob sie diese Kritik täglich zu hören bekomme, bewies Mork analytische Trennschärfe, etwa bei den heiklen Fragen nach dem Fundament des Hauses und den Lesarten des Begriffes „europäische Identität“. Mit leiser Ironie machte sie auf die Ambivalenzen des Samplens von miteinander verwobenen Nationalgeschichten aufmerksam. Es gehe nicht um europäische Geschichte im Allgemeinen; man stelle keine EU-Norm für eine gemeinsame Geschichte auf, sondern biete ein Reservoir von Geschichten für ein historisches Gespräch zwischen den Nationen. Die Details des Ausstellungsaufbaus wird man sich am besten in Brüssel selbst anschauen, wo das Haus in einer ehemaligen Zahnklinik ab 2016 auf seine Besucher warten wird.

FRANK BÖSCH (Potsdam) nahm die drei „großen Häuser“ des Bundes in den Blick und stellte dabei drei Themen ins Zentrum seiner Betrachtung: Konsum, Protest sowie die Medien- und Konsumkultur. Das Haus der Geschichte (HDG) in Bonn und das Deutsche Historische Museum (DHM) in Berlin

seien wegen ihrer Entstehungskontexte in den 1980er-Jahren selbst Teil der Demokratiegeschichte. Das HDG setze auf Inszenierung, das DHM eher auf die Aura des inszenierten Originals. Problematisch seien in Bonn und im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig (ZFL) die zur Veranschaulichung des Gesinnungswandels ausgestellten Wahlkampfplakate, denn wie beschränkt sie die Einstellungen der Bevölkerung zeigten, wisse jeder aus gegenwärtigen Erfahrungswelten. HDG und DHM erzählten die Geschichte der Demokratie in Abgrenzung zur DDR, im DHM geschehe dies recht symmetrisch, im HDG bleibe die DDR auffällig statisch. Aus der langen Reihe von Einzelaspekten stach ein nur vordergründig amüsanter Vorschlag heraus: Im HDG würden die Grünen mit der Kultur ihres Milieus dargestellt, so Bösch. Sollte man das nicht auch mit den Strickjacken der CDU der 1980er-Jahre machen? Der Widerstand in der DDR und die Wende würden am besten in Leipzig gezeigt. Danach scheinen die Ausstellungen in den 1990er- und 2000er-Jahren zu zerfasern. Hier fehle die systematische Weiterführung des demokratischen Leitfadens.

IRMGARD ZÜNDORF (Potsdam) untersuchte die Darstellung der Demokratie- und Diktaturgeschichte in den fünf Politiker-gedenkstiftungen. Distanz zum Gegenstand vermittele bereits das Gebäude der Bismarck-Stiftung im alten Bahnhof von Friedrichsruh, wo man dem Kanzler Raum für Raum durch „seine Zeit“ folgen könne. Privates biete nur der erste Raum. Die Einigungskriege würden als „Weg ins Reich“ kritisch dargestellt. Demokratische Spuren würden ohne Glanz aufgezeigt. In der Heidelberger Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte folge man im zeitgenössischen Ambiente Eberts Weg „Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten“. In der Dauerausstellung trete nach der Revolution die lichte Demokratie mit ihrem Pluralismus hervor. In der Ausstellung der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus werde das Leben des Namensgebers bis 1933 ebenfalls in hellem Ambiente vermittelt, worauf dann bis 1945 ein dunkler Kubus folge. Insgesamt sei die Darstellung, so Zündorf, personendifizierter als bei Bismarck und Ebert. Noch stärker stelle man im Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf auf den Haupt-

darsteller ab. Eine spürbare Distanz zur Person sei beim Wohnhaus Adenauers aber schlechterdings nicht möglich. Wie bei Heuss gäbe es keinen Bruch zwischen dem Kaiserreich und der Weimarer Republik. Das Jahr 1933 sei die wichtigste Zäsur, nach 1945 beginne die „Ära Adenauer“. Im Willy-Brandt-Haus Lübeck würden die Weimarer Jahre hingegen als Krisenzeit dargestellt, in weiteren Abschnitten werde der Demokratiecharakter der Bundesrepublik stark hervorgehoben. Die Berliner Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung „Willy Brandt – Politikerleben“ erinnerte die Referentin an die Stuttgarter Heuss-Ausstellung, nur ohne Objekte und chronologische Zäsuren. Alle sechs Ausstellungen wahrten eine Distanz zum Gegenstand.

THOMAS LINDENBERGER (Potsdam) behandelte mit seinem Demokratie und Diktatur als Thema in Geschichtswerkstätten aufgreifenden Vortrag einen Aspekt aus der Geschichte der neuen sozialen Bewegungen am Ende der zerfallenden 68er Bewegung. Historische Bezugsgrößen hätten sich die Aktivistinnen in der Nachbarschaft gesucht, etwa im Lindenhof in Schöneberg oder im Kreuzberg-Museum, wo die Dokumentation der Kahl-schlagsanierung geradezu zu einer demokratischen Geschichtsaneignung von unten ange-regt habe.

PAUL NOLTE (Berlin) widmete sich in seinem Vortrag den demokratischen Rückbe-zügen in historischer Wissenschaft und historisch interessierter Gesellschaft. Sein Ausgangspunkt sei die Feststellung einer zunehmenden Konvergenz von „Bundesrepublik“ und „Demokratie“ gewesen, also von Epoche und Sache. Man gehe in der Forschung daher immer weiter zurück beim Demokratie-Ansiedeln, über die Weimarer Republik und das Kaiserreich sogar bis ins Alte Reich vor 1806, jedoch würden diese Überlegungen die Expertenzirkel nicht verlassen. Die synthetisierenden Gesamtdarstellungen setzten seit den 1970er-Jahren an drei Fluchtpunkten an: erstens dem langen 19. Jahrhundert, zweitens dem Nationalsozialismus und drittens der Bundesrepublik. Letztere sei der normative Gegenwartsstandpunkt Hans-Ulrich Wehlers und Thomas Nipperdeys gewesen und bliebe das auch bei Heinrich August Winklers

„Langem Weg nach Westen“, der aktuellsten und politischsten, „großen Erzählung“. Davon wichen Konrad Jarauschs „Recivilizing“ ebenso ab wie Edgar Wolfrums „Geglückte Demokratie“ und Eckart Conzes „Suche nach Sicherheit“. Alle Narrative blieben – graduell unterschiedlich – recht national.

THOMAS HERTFELDER (Stuttgart) begann die Suche nach Meistererzählungen im DHM, das auf ein „Metanarrativ der Emanzipation“ verzichte, wie es die europäische Aufklärung mit weitreichenden Folgen für das historische Selbstverständnis der Demokratie entwickelt hatte. Da die Performanz der Objekte im Vordergrund stehe, entwickle das DHM keine übergreifenden Erzählungen in der *longue durée*. Hertfelder folgte der Präsentation vom Vormärz bis zur deutschen Teilung und dem Massenkonsum, dem zentralen Motiv der Nachkriegsgeschichte. Man werde im DHM weder belehrt noch mit neuen Staatsmythen konfrontiert. Anders das Haus der Geschichte in Bonn: Hier würden die Exponate in Kulissen inszeniert. Eine dosierte Auratisierung, ja eine Sakralisierung erwarde den Besucher dort etwa beim Thema „Grundgesetz“. Unverstellt werde aber auch hier der wahre Gründungsmythos präsentiert: die „Consumer Democracy“. Die Zivilgesellschaft der 1980er und 1990er Jahre bleibe hingegen in der Ausstellung nur Episode; beim ZFL spiele sie in ihrem Widerstand gegen die SED-Diktatur hingegen die Hauptrolle.

ANDREAS BIEFANG (Berlin) sprach über die Paulskirche und das Schloss Herrenchiemsee als Orte der „Gründungsmythen der parlamentarischen Demokratie“. Gründungsmythen seien zivilreligiöse Ressourcen für Demokratien. Sehr erfolgreiche Mythen hätten die USA, Frankreich und England. Die wiederaufgebaute Paulskirche sei heute leer, nichts erinnere an die lauten Debatten der Revolutionszeit. Historisch wie didaktisch sei die dortige Ausstellung überholt! Eine funktionierende, aber merkwürdige Meistererzählung biete die Inszenierung zur verfassungsgebenden Versammlung in Herrenchiemsee. Die Bundesländer seien hier in eigentümlichen Metallstelen sichtbar, die Verfassung entstehe aber ohne Volk, gemacht von Experten in der Waldeinsamkeit.

RICHARD SCHRÖDER (Berlin) setzte in seinem Abendvortrag mit launigen Passagen und griechischen Zitaten bei der Ursprungsgeschichte der Demokratie ein. Da aus Diktaturen vor 25 Jahren Demokratien geworden seien, würden die beiden heute manchmal fälschlich als Gegensatzpaar begriffen. Aber hatte nicht die DDR „demokratisch“ im Namen und sei offiziell zugleich „die Diktatur des Proletariats“ gewesen? Wichtig sei die Kombination aus dem „wer regiert“ (einer, einige, alle?) und dem „wie wird regiert“ (willkürlich oder nach Recht und Gesetz?). Nach grundsätzlichen Erwägungen über Graustufen zwischen Tyrannei und Demokratie nannte Schröder überzeugend zwei Formen der heldenvermeidenden Demokratieerinnerung. Einmal das Gründungsgedenken (Das Grundgesetz, die Friedliche Revolution usw.) und zweitens die Beschäftigung mit den schwierigen Vorgeschichten der Demokratie: im Falle Deutschlands also den Versuchen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zur Etablierung des für die Demokratie notwendigen Rechtsstaats.

Seine empirische Annäherung an das Thema „Gedenken an Demokraten in Deutschland“ begann HARALD SCHMID (Kiel) mit dem eher verschämten Gedenkstein für Matthias Erzberger am Ort von dessen Ermordung. Dieser stelle sich beim Stichwort „Demokraten-Erinnerung“ in seiner Verborgenheit und Nichtbeachtung als symptomatisch heraus. Meist lokal und regional fokussiert, gebe es nicht wenige Museen mit Erinnerungsmomenten an Demokraten, mit einem Schwerpunkt im Südwesten. Stelle man aber die Besucherzahlen der Gedenkstätte für das Konzentrationslager Dachau (800.000 im Jahr) jenen der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt (14.000 im Jahr) gegenüber, müsse man konstatieren: „An die Demokraten wird kaum erinnert.“

MICHELE BARRICELLI (Hannover) nahm sich die Häuser der Tagungsausrichter im speziellen vor und zwar, wie erhofft, nicht unkritisch. Als eigenes historisch-politisches Genre erzählten die Politikergedenkstätten gelingende Leben. Nicht wertfrei, aber eben mit einem „guten“ Zweck, nämlich dem Erzählen in einer und für eine Zivilgesell-

schaft. Bismarcks Weltsicht könne man nicht mehr rühmen, sondern ihr nur noch mit Pietät begegnen. Ebert wirke als Symbol, Heuss als Mensch, Adenauer könne man sich anmutungsreich nähern, Brandt sei eine transnationale Marke. Alle seien als „vermittelte Leben“ eine Gewissensprüfung für die Besucher. Man solle generell den didaktischen Nutzen einer herausragenden Lebensgeschichte für das historische Verstehen nicht unterschätzen.

BERND BRAUN (Heidelberg) näherte sich einer im Gedenken fest etablierten Akteursgruppe an und fragte am Beispiel des Friedhofs der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain sowie der „Erinnerungsstätte Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt, Hambacher Schloss“ nach dem Erinnern an „Märtyrer der Demokratie“. Zunächst vertiefte Braun die semantischen Bedeutungswandlungen des Begriffs „Märtyrer“. Wie bewerte man zudem den Freiheitsbegriff der 1848er? Dem bei der nur noch schwer erreichbaren Bismarck-Stiftung beschäftigten Verfasser dieses Berichts sprach Braun aus der Seele, als er die abseits der gängigen Touristenpfade befindliche, periphere Lage des Hambacher Schlosses, des Ahnensaals Rastatt und auch den innerhalb Berlins nicht eben zentralen Ort des Friedhofs der Märzgefallenen erwähnte – von der prekären Finanzierung vor allem des Letzteren ganz zu schweigen. Gustav Heinemann habe sich das als Bundespräsident sicher anders vorgestellt, als er die Hambacher und Rastatter Gedenkortre anregte.

JÜRGEN LILLEICHER (Lübeck) ging in seinem Vortrag auf personenzentrierte Ansätze in den großen Ausstellungshäusern des Bundes ein. Während das DHM konsequent auf Objekte vertraue, setze das HDG auf die Inszenierung von Zeitgeschichte. Der allgemeinen Geschichte werde mit Hilfe von Zeitzeugenterminals die „Geschichte von unten“ anbei gestellt, was aber nur mäßig angenommen werde. In Leipzig werde im ZFL Alltagsgeschichte in die Diktaturgeschichte eingebettet. Das Alltagsleben und die Vita eines bestimmten Zeitzeugen begleiten den Besucher bei seinem Gang durch die Ausstellung, was im ausstellungsdidaktischen Sinne sehr gut funktioniere. Lillteicher erwähnte hier auch den zum HDG gehörenden Tränenpalast in

Berlin als Beispiel eines an authentischer Stelle besonders eindrücklich auf die Besucher wirkenden Ortes mit einer hohen Emotionalität. Resümierend konstatierte Lillteicher, dass die Einbettung von Zeitzeugen in diktaturgeschichtlichen Ausstellungen noch am besten funktioniere, für die Demokratiegeschichte müssten allerdings noch neue Wege der Darstellung gefunden werden, bei der Zeitzeugen durchaus die jeweils vorherrschende museale Meistererzählung in Frage stellen könnten.

Den Schlusskommentar lieferte MARTIN SABROW (Potsdam/Berlin). Er mahnte eine reflexive Distanz zwischen den Wissenschaftlern und den Museen an. Forschung solle einerseits nicht instrumentalisiert werden zum pädagogischen Wachhalten der Erinnerung; museale „Meistererzählungen“ sollten sich aber andererseits auch nicht als Inbegriff der an höherer Stelle verabschiedeten Objektivität verstehen. Es gäbe, stellte Sabrow klar heraus, ein wechselseitiges Gebot der perspektiven Reflexivität. Und er fuhr grundlegend fort: Demokratie sei zwar der gemeinsame Cover-Term, dieser führe aber auch zu selbstzufriedener Behäbigkeit und passe erkennbar nicht zu Bismarck, nicht einmal zu Ebert, und auch die Vorträge der Tagung hätten gezeigt, dass das idealisierte Demokratiegedächtnis Grenzen habe, etwa bei Hertfelders Verweis auf die „Consumer Democracy“. Da der normative Demokratiebegriff also nicht einmal die Demokraten der letzten 200 Jahre erfasse, schlug Sabrows den Alternativbegriff „positives Gedächtnis“ vor. Die an diesen Topos geknüpften Befürchtungen unkritischer, affirmativer Erfolgserzählungen nahm Sabrow auf und entkräftete sie zugleich. Nur historische Schattenorte und keinerlei Heldenstädte, das sei auf Dauer eben auch unglaubwürdig, auch wenn positives Erzählen bisweilen anstößig klinge und den Verdacht der Weißwäsche mit sich bringe. Solle „Demokratie“ dann als erinnerungspolitischer Begriff ausgewechselt werden? Als Metanarrativ sei „Demokratie“ zumindest problematisch, so Sabrow im Anschluss an Hertfelder. Demokratiegeschichte produziere nun einmal selten Helden, sondern vor allem „mittlere Charaktere“. Aus didaktischen Gründen könne es bei der öffentlichen Vermittlung des

halb nicht um Demokratiehistorie per se gehen, sondern vielmehr um die Frage, welcher Rang dem „positiven Gedächtnis“ neben dem negativen zukomme. Dabei sollten die etablierten größeren und kleineren Einrichtungen stets auf die Bedrohung der Demokratie hinweisen und damit letztlich als kritische Zeitzeugen und historisch-politische Akteure der öffentlichen Erinnerungskultur dazu beitragen, dass nach der überwundenen „Stolz- und der gegenwärtigen „Schamkultur“ eine neue ausgehandelt werde, mit allen Schattenseiten, die es allerdings sorgfältig abzuwägen gelte.

Konferenzübersicht:

Sektion I: Nach Obrigkeitsstaat, Monarchie und Diktatur: Wege zur Demokratie

Andrea Mork (Brüssel): Nach Nationalismus, Diktatur und Krieg. Bausteine einer europäischen Geschichte der Demokratie

Frank Bösch (Potsdam): Die großen Ausstellungshäuser des Bundes: Deutsches Historisches Museum, Haus der Geschichte der Bundesrepublik, Zeitgeschichtliches Forum

Irmgard Zündorf (Potsdam): Die Politikergedenkstätten des Bundes

Thomas Lindenberger (Potsdam): Demokratie und Diktatur „von unten“. Perspektiven auf die Demokratiegeschichte in ausgewählten Geschichtswerkstätten

Sektion II: Meistererzählungen der Demokratiegeschichte

Paul Nolte (Berlin): Von Glück und Streit, Lernen und Stabilität. Historiographische Meistererzählungen

Thomas Hertfelder (Stuttgart): Demokratiegeschichte in der *longue durée*. Die großen Ausstellungshäuser des Bundes

Andreas Biefang (Berlin): Gründungsmythen der parlamentarischen Demokratie. Erinnern an die Verfassungsgebung 48/49 am historischen Ort – Paulskirche und Herrenchiemsee

Abendvortrag

Richard Schröder (Berlin): Wie viel Erinnerung braucht die Demokratie?

Sektion III: Personenzentrierte Zugänge zur

Demokratiegeschichte

Harald Schmid (Kiel): Gedenken an Demokraten in Deutschland. Eine empirische Annäherung

Michele Baricelli (Hannover): Zwischen Leitbild und Historisierung – Die Politikergedenkstätten des Bundes

Bernd Braun (Heidelberg): Märtyrer der Demokratie? Der Friedhof der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain, die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt, Hambacher Schloss

Jürgen Lillteicher (Lübeck): Zuerst verpönt, dann geschätzt? Personenzentrierte Ansätze in den großen Ausstellungshäusern des Bundes

Martin Sabrow (Potsdam/Berlin): Schlusskommentar

Tagungsbericht *Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik*. 23.10.2014–24.10.2014, Leipzig, in: H-Soz-Kult 29.01.2015.